



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE

Öffentliche Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über den Wegfall eines Erörterungstermins

Antrag der Firma **MVV Umwelt Asset GmbH**, Otto-Hahn-Straße 1, 68169 Mannheim auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für die Erweiterung des bestehenden Müllheizkraftwerkes Mannheim (Heizkraftwerk Nord, MVV HKW Mannheim) um die **Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur thermo-chemischen Klärschlammbehandlung mit integrierter Phosphorrückgewinnung (KBA)** und für die **Änderung des Anlagenbetriebes des Müllheizkraftwerkes** (Aufhebung der Begrenzung des stündlichen und jährlichen Rauchgasvolumenstromes bei gleichzeitiger Einhaltung der bisher genehmigten maximal zulässigen Jahres- und Stundenemissionsfrachten)
(Einzelheiten hierzu s. öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens vom 15.06.2018)

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden gegen das Vorhaben keine Einwendungen erhoben.

Der vorsorglich für den 21.09.2018 anberaumte **Erörterungstermin findet** deshalb gem. § 16 Abs. 1 Nr. 1 der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren) **nicht statt.**

Karlsruhe, den 06.09.2018

Regierungspräsidium Karlsruhe
Abteilung Umwelt
Referat. 54.1